

Verwaltete Vermarktlichung. Zur Sonderstellung der öffentlichen Verwaltung in der Ideenproduktion für die Politik am Beispiel der Wohneigentumsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Dissertationsschrift, eingereicht von Heide Haas, erschienen als elektronische Publikation bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) 2019.

Kurzgliederung:

- I. Einleitung
 - 1 Vermarktlichung & Ideenproduktion
- II. Institutioneller Wandel und Ideenproduktion
 - 2 Institutioneller Wandel und Ideen
 - 3 Regime der Ideenproduktion
 - 4 Methodik
- III. Wissensproduktion & Vermarktlichung in der Eigenheimförderung
 - 5 Phase 1: Der Weg zum Fördervorrang des Familienheims
 - 6 Phase 2: Vom Sozialen Wohnungsbau zur individuellen steuerlichen Förderung
 - 7 Phase 3: Verringerte Wohneigentumsförderung als Teil der privaten Altersvorsorge
- IV. Zusammenfassung & Ausblick

Zusammenfassung

Angesichts weitreichender Folgen der US-amerikanischen Subprime-Krise und steigender Wohnungspreise in zahlreichen Ländern haben die Sozialwissenschaften Wohnungspolitik als Forschungsgegenstand wiederentdeckt. Zahlreiche Untersuchungen weisen Trends der Vermarktlichung und Finanzialisierung nach: ein Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung scheint weltweit mit einer zunehmenden Förderung von Wohneigentum einher zu gehen. Allerdings führen diese globalen Trends nicht zu einer Vereinheitlichung der Wohnungsmärkte. So ist Deutschland weiterhin das einzige Land in der Europäischen Union, in dem mehr Menschen zur Miete wohnen als in ihren eigenen vier Wänden. Die vorliegende Dissertationsschrift beschreibt detailliert Besonderheiten von Vermarktlichung und Finanzialisierung in der Wohneigentumsförderung in Deutschland als kleinteiligen institutionellen Wandel seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis 2008.

Basierend auf einer Analyse ausgewählter Bundestagsdebatten zeigt die Arbeit, wie mehrere

Reformen dazu beigetragen haben, die Wohneigentumsförderung allmählich von einer familien- und gesellschaftspolitischen Maßnahme im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus zu einem Bestandteil der staatlich geförderten, privaten Altersvorsorge zu machen. Anhand der langfristigen Betrachtung wird deutlich, dass ideeller Wandel ein entscheidender Faktor für den Wandel des Regelgehalts der Eigenheimförderung war: Die Entwicklung von sozialpolitischen Zielsetzungen der Eigenheimförderung zu ökonomischen Begründungsmustern machten eine weitere Vermarktlichung und Finanzialisierung in der Wohnungspolitik erst möglich.

Als zentrale Faktoren für diesen Wandel identifiziert die Autorin Akteure und Mechanismen der politikfeldspezifischen Wissensproduktion: Akteure dieses *knowledge regimes* konkretisieren abstraktere Weltbilder zu politischen Zielsetzungen und Instrumenten. Sie stellen Problemdefinitionen sowie analytische Tools zu deren Erfassung für politische Akteure bereit. Für die Bedeutungszunahme der ökonomischen Begründungsmuster waren zwei Bedingungen entscheidend: Erstens wurde eine Entpolitisierung der sozialpolitischen Debatten anhand ökonomischer Analysen dadurch begünstigt, dass für die politischen Parteien Wohnungspolitik im hier betrachteten Zeitraum an Bedeutung verloren hat. Zweitens ist der gestiegene Einfluss der wirtschaftlichen Deutungen nicht auf eine Initiative von Wirtschaftswissenschaftlern zurückzuführen, sondern auf deren Einbeziehung durch die öffentliche Verwaltung. In der Wissensproduktion nehmen öffentliche Stellen eine doppelte Funktion ein: Zum einen bietet die amtliche Statistik mit zunehmenden Datenbeständen eine notwendige Grundlage zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse der Eigenheimförderung. Zum anderen verschafft die Ministerialbürokratie wirtschaftswissenschaftlicher Expertise über Auftragsgutachten und Beiratstätigkeiten den Zugang zur politikfeldspezifischen Wissensmaschinerie.

Die öffentliche Verwaltung ist Produzent und *gatekeeper* der Wissensproduktion zugleich. Vermarktlichung und Finanzialisierung können somit in der langen Frist als nicht-intendierte Folgen von Verwaltungshandeln in der Wissensproduktion gesehen werden: die zunehmende ökonomische Betrachtung der Eigenheimförderung in der Bundesrepublik wäre nicht denkbar ohne die durch die Ministerialverwaltung verfolgte Zielvorstellung, wohnungspolitische Arbeit an exaktes statistisches Berichtswesen und externe Expertise zu knüpfen. Vermarktlichung und Finanzialisierung sind weder Ausdruck eines internationalen, neoliberalen Trends oder anonymer Globalisierungsprozesse. Stattdessen sind Ideen als eine Bedingung institutionellen Wandels von den an ihrer Produktion beteiligten Akteuren und den Kontextbedingungen der Wissensproduktion abhängig.